

No.	303
z. Kenntnis	z. Frl.
6. D.	
374 B. V.	
12. FEB. 1974	

Die Belastungsprobe der Weltwirtschaftsbeziehungen aus schweizerischer Sicht

Vortrag von Botschafter Dr. Paul R. Jolles, Direktor der Eidg. Handelsabteilung, vor der Statistisch-Volkswirtschaftlichen Gesellschaft, Basel, am 4. Februar 1974

Die ehrwürdige Aula als architektonisches Zeugnis des humanistischen Basels ist mir in lebhafter und dankbarer Erinnerung geblieben. Ihre Gesellschaft hatte vor sieben Jahren dem neuernannten Handelsdirektor in diesem Raum erstmals die Gelegenheit geboten, seine Gedanken zur Aussenwirtschaftspolitik der Schweiz einem kritischen, aber wohlwollenden Publikum öffentlich darzulegen. Seither hat sich vieles grundlegend verändert, doch hoffe ich, dass dieses gute Einvernehmen über die Handelspolitik zwischen Bern und Basel erhalten geblieben ist. Solange wir eine weltoffene und liberale Richtung verfolgen, sollte dies eigentlich vorausgesetzt werden dürfen, haben doch die Basler Geschäftsleute und Industriellen das Zugeständnis, welches Bürgermeister Wettstein dem deutschen Kaiser abgerungen hatte, wonach "die Eidgenossenschaft ein freier Stand, so nebst von Gott einzig von sich selbst dependiert" von Anfang an nicht als Aufforderung zur Autarkie, sondern richtigerweise in dem Sinne interpretiert, dass zu dieser Freiheit auch der freie Zugang zu den Weltmärkten gehöre.

Das mir heute zuge dachte Thema - die Belastungsprobe der Weltwirtschaftsbeziehungen aus schweizerischer Sicht - bringt allerdings zum Ausdruck, dass es mit einem möglichst freien Zugang offenbar nicht getan ist, sondern die Verhältnisse auf diesem Weltmarkt arg durcheinander geraten sind. Damit ist bereits auf die uns alle stark beschäftigenden Auswirkungen der Energiekrise angespielt. Da sich Neuentwicklungen objektiver beurteilen lassen, wenn sie in den massgebenden Gesamtzusammenhang gestellt werden, bitte ich Sie, etwas weiter ausholen zu dürfen.

Die jeweiligen Schwerpunkte der schweizerischen Handelspolitik stehen in direkter Beziehung zu den in der Weltwirtschaft vorherrschenden Verhältnissen. Ich möchte daher mit einer Bilanz der vergangenen Jahre beginnen, aus der sich eine Bestandesaufnahme der Gleichgewichtsstörungen ergibt, denen die internationalen Wirtschaftsbeziehungen immer stärker ausgesetzt sind. Diese haben zu einer Reihe internationaler Initiativen Anlass gegeben, um die Funktionsfähigkeit des Weltwährungs- und Welthandelssystems wieder herzustellen. Da die Oelkrise nunmehr eine veränderte Lage geschaffen hat, stellt sich die wichtige Frage, auf die ich näher einzutreten gedenke, inwieweit ihren Auswirkungen auf die Weltwirtschaft durch eine Fortsetzung und Verstärkung der multilateralen wirtschaftlichen Zusammenarbeit begegnet werden kann oder eine Rückkehr zum Bilateralismus unvermeidlich erscheint. Zum Schluss werde ich versuchen, die Probleme darzulegen, die sich in diesem Zusammenhang für die Schweiz ergeben und mit denen sich die Aussenwirtschaftspolitik zu befassen haben wird. Es kann sich dabei nur um meine persönliche Meinung und nicht um eine offizielle Stellungnahme handeln.

I. Bilanz der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik der letzten Jahre

Vor sieben Jahren liessen sich die langfristigen Ziele der schweizerischen Aussenhandelspolitik in vier Punkte zusammenfassen:

- die Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zu den westeuropäischen Ländern, d.h. die Stellung der Schweiz in der europäischen Integrationsentwicklung;
- die Teilnahme der Schweiz an den Bemühungen zur weiteren Liberalisierung des Welthandels;
- die Entwicklung der wegen der Systemunterschiede stagnierenden Wirtschaftsbeziehungen zu den Oststaaten und
- die sich für die Schweiz im Verhältnis zu den Entwicklungsländern stellenden besonderen Aufgaben.

In Europa war Ende 1966 mit der Inkraftsetzung der letzten Zollabbauetappe die Freihandelszone der EFTA verwirklicht worden. Zur Ueberwindung der Spaltung des westeuropäischen Wirtschaftsraumes stand daher damals das Ziel der Schaffung eines möglichst freien und umfassenden europäischen Marktes mit der EWG unter Wahrung der besonderen Erfordernisse unserer Landwirtschaft und der Vermeidung einer Vermengung von wirtschaftlichen und politischen Belangen im Vordergrund. Im Bereich des Welthandels versprach die Kennedy-Runde neue Liberalisierungsfortschritte und Impulse. Gegenüber den osteuropäischen Ländern

stellte sich die Frage, ob durch eine Abschaffung des gebundenen Zahlungsverkehrs eine Belebung des Aussenhandels unter Wahrung eines angemessenen Platzes für die Konsumgüter in unserer Exportstruktur zu erwarten wäre. Was schliesslich die Wirtschaftsbeziehungen zu den Entwicklungsländern anbetraf, galt es, die Schweiz vermehrt in die internationale Entwicklungszusammenarbeit einzugliedern, die Investitionstätigkeit und die Kredite der Privatwirtschaft durch eine öffentliche Finanzhilfe zu ergänzen und spezifische Massnahmen zur Förderung des Aussenhandels der Entwicklungsländer zu konzipieren.

Ich glaube, dass in allen vier Bereichen in den letzten Jahren wesentliche Fortschritte in der vorgesehenen Zielrichtung verwirklicht werden konnten. Auf europäischer Ebene fand der Durchbruch zu einer umfassenden Freihandelslösung statt, die für den industriellen Warenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten der EWG und der EFTA gleiche Wettbewerbsbedingungen schaffen wird. In der Kennedy-Runde wurden auf weltweiter Basis die Zollschränken um durchschnittlich 30 % abgebaut. Mit den Oststaaten sind in jüngster Zeit die bilateralen Handelsverträge der Nachkriegsperiode grundlegend erneuert worden; der gebundene Zahlungsverkehr wurde weitgehend aufgehoben und mit der Sowjetunion eine gemischte Kommission eingesetzt, die das direkte Gespräch und die wirtschaftliche Kooperation zwischen den privatwirtschaftlichen Kreisen der Schweiz und den staatlichen Planungs-, Forschungs- und Aussenhandelsinstanzen der Sowjetunion erleichtern soll.

Das finanzpolitische und handelspolitische Instrumentarium für die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern wurde durch einen Rahmenkredit für die Finanzhilfe, den Beitritt der Schweiz zu einigen Rohstoffabkommen und die Inkraftsetzung eines autonomen Systems allgemeiner Zollpräferenzen erweitert.

Die auf regionaler Basis erzielten Liberalisierungsfortschritte haben somit ihr Gegenstück in einer zusätzlichen Intensivierung der Aussenwirtschaftsbeziehungen mit unseren Partnern in Osteuropa und Uebersee gefunden, so dass die Universalität unseres Aussenhandels gewährleistet bleibt.

Trotz dieser erfreulichen Bilanz besteht kein Anlass zur selbstgefälligen Bescheidung mit den erzielten Ergebnissen. Keine der erwähnten langfristigen und traditionellen Aufgaben der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik kann als endgültig erfüllt betrachtet werden. Vor allem aber sind in der Zwischenzeit neue Probleme in den Vordergrund getreten.

Zu den Aufgaben, die weiterhin gestellt bleiben, gehört die Entwicklung unserer Beziehungen zu den Europäischen Gemeinschaften. Das Freihandelsabkommen vom 22. Juli 1972 stellt beim heutigen Stand der europäischen Integration eine befriedigende und tragfähige Regelung dar und seine Durchführung ist reibungslos angelaufen. Die Beziehungen der Schweiz zu ihren Nachbarstaaten und wichtigsten Wirtschaftspartnern sind jedoch nicht auf den Warenverkehr beschränkt. Zwar hat sich in den letzten Wochen erneut erwiesen, wie schwer es den Europäischen

Gemeinschaften fällt, weitere Schritte auf dem Wege zur Wirtschafts- und Währungsunion zurückzulegen und zum entscheidenden "qualitativen Sprung" nach vorne anzusetzen. Trotzdem werden in dem Ausmasse, als Fortschritte erzielbar sind - und wir hoffen, dass dies der Fall sein werde - angemessene Formen für eine direkte Zusammenarbeit der Schweiz mit der EWG auf weiteren Gebieten gefunden werden müssen. Es gilt daher, die bestehenden und durch das Freihandelsabkommen verstärkten Konsultationsmöglichkeiten voll auszuschöpfen und die Politik der pragmatischen Annäherung weiter zu verfolgen; pragmatisch in dem Sinne, dass ohne vorerst vom Grundsätzlichen her nach einer neuen Gesamtkonzeption für die Regelung unseres Verhältnisses zur EWG Ausschau zu halten, von Fall zu Fall, wenn konkrete Fragen auftauchen, unter Berücksichtigung des Systemunterschiedes zwischen Freihandel und institutionalisierter Integration nach einer auf den betreffenden Tatbestand angepassten Regelung gesucht wird. Dies geschieht schon jetzt laufend, z.B. bezüglich der europäischen technologisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit, einer Vereinbarung zwischen der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten der Mannheimer Akte über eine Kapazitätsregelung für die Rheinschifffahrt, durch den Beitritt zur Europäischen Patenterteilungskonvention, den Abschluss eines Abkommens über die Anwendung des gemeinschaftlichen Versandverfahrens und vielleicht durch Verhandlungen über die niederlassungsrechtlichen Voraussetzungen der im internationalen Geschäft tätigen Versicherungsgesellschaften.

Damit wird nun aber bereits der Bereich der herkömmlichen Handelspolitik verlassen. Auch die neuen Aussenwirtschaftsprobleme, die gegenwärtig im Vordergrund stehen, haben eine umfassendere Dimension angenommen. Ich denke vor allem an die beängstigende Beschleunigung der Inflation, die sowohl in einem binnenwirtschaftlichen wie aussenwirtschaftlichen Zusammenhang steht und der mit den vom Volk im Dezember gutgeheissenen Konjunkturbeschlüssen zu begegnen versucht wird. Nicht nur die starke Auslandsnachfrage, sondern auch die Verteuerung der Einfuhren, insbesondere die massive Preiserhöhung der Rohstoffe, lösen zusätzliche Inflationsimpulse aus. Bekanntlich haben sich im vergangenen Jahr der Kupferpreis stark erhöht, die Preise für Aluminium und Weizen verdoppelt, diejenigen für Baumwolle, Kautschuk und Zucker eine noch spektakulärere Hausse erfahren, und jetzt kommen als Spitzenreiter das Rohöl und die Petroleumprodukte hinzu. Besonders beunruhigend ist, dass die Schweiz mit einer jährlichen Rekordinflationsrate von 11,9 %, von der mehr als ein Drittel, nämlich 4 1/2 %, auf die Verteuerung der Petroleumprodukte zurückzuführen ist, nun deutlich über dem Durchschnitt sowohl der OECD-Länder als auch der Mitgliedstaaten der EWG liegt.

Ein zweiter aussenwirtschaftlicher Problemkreis ergibt sich von der Währungsseite her. Gerade wegen der Bedeutung der Schweiz als internationaler Finanzplatz hatten die Währungsunruhen einen starken Zufluss destabilisierender, kurzfristiger Kapitalströme bewirkt, die trotz aller Eindämmungsmassnahmen das Inflations-

potential ihrerseits verstärkten. Seit dem Uebergang zu flottierenden Wechselkursen am 23. Januar vergangenen Jahres sind weitere, erhebliche Kursschwankungen eingetreten, die sich unvermeidlicherweise auf die Exportpreise niederschlagen, ohne dass umgekehrt die Importverteuerung durch die Aufwertung des Schweizerfrankens wesentlich gemildert worden wäre. Dieser Aufwertungseffekt ist im übrigen recht differenziert ausgefallen; am stärksten im Verhältnis zum Dollar, während gegenüber unserem wichtigsten Lieferanten von Investitionsgütern und Halbfabrikaten, der Bundesrepublik Deutschland, die schweizerische Währung zeitweise eine ^{leichte} Abwertung erfahren hat.

Schliesslich hat seit Kriegsende erstmals wieder das Versorgungsproblem Bedeutung erlangt, und wir werden auf die auf dem Energiesektor entstandene neue Situation noch näher einzutreten haben.

Diese kurze Aufzählung zeigt, in welcher hohem Masse die schweizerische Wirtschaft von den Verhältnissen im Ausland beeinflusst wird. Daraus den Schluss zu ziehen, dass eine Verschiebung des Schwergewichts vom Aussen- auf den Binnensektor die Verletzbarkeit vermindern könnte, würde die grundlegenden Tatbestände übersehen, die für unser Land, ob wir es wollen oder nicht, massgebend sind. Die schweizerische Wirtschaft bleibt wegen der engen Begrenzung des Binnenmarktes und der Rohstoffarmut auf die Dienstleistungen und die Verarbeitungsindustrie angewiesen, die für den Grossteil ihrer Produktion des Zuganges zu den ausländischen Märkten bedarf und sich im internationalen

Wettbewerb durch technische Spitzenleistung und Spezialisierung behaupten muss. Die für die Entwicklung einer fortschrittlichen Technologie erforderliche Basis könnte bei einer Beschränkung des Umsatzes auf das Inland nicht aufrecht erhalten werden. Auch der Dienstleistungssektor - Fremdenverkehr, Versicherungen und Banken - lebt von seiner internationalen Dimension.

Unsere Wirtschaft verdankt ihre Entfaltungsmöglichkeiten der internationalen Arbeitsteilung und ist eminent daran interessiert, dass diese nicht infolge von Spannungen und Gleichgewichtsstörungen in der Weltwirtschaft beeinträchtigt wird. Die Frage, wie dieser Gefahr begegnet werden kann, ist leider heute besonders aktuell.

II. Das gestörte Gleichgewicht der Weltwirtschaft

Die in der Nachkriegszeit aufgebaute Welthandels- und Währungsordnung hat über eine Periode von 25 Jahren einen ausserordentlichen Aufschwung der Wirtschaft herbeigeführt. Durch den fortschreitenden Abbau der Handelsschranken, die freie Konvertierbarkeit der Währungen und die weitgehende Liberalisierung des internationalen Zahlungsverkehrs wurden die Voraussetzungen für die Entfaltung der modernen Produktionstechnik und Vermarktungsmethoden geschaffen. Gleichzeitig wurden die Entwicklungsländer vermehrt in die Weltwirtschaft ein-

gegliedert. Die Verfünfachung des Welthandelsvolumens führte zu einer entsprechenden Wohlstandssteigerung, aber auch einer Verstärkung der Interdependenz.

Als das ungestüme, in den verschiedenen Ländern aber unterschiedliche Wirtschaftswachstum mit der Zeit grundlegende Verlagerungen verursachte, kam es zu einer Störung des Gleichgewichts der Weltwirtschaft. Mit der Wiedererstarkung Europas, dem raschen wirtschaftlichen Aufstieg Japans und der Ueberwindung des technologischen Rückstandes gegenüber den Vereinigten Staaten veränderten sich die Konkurrenzverhältnisse auf dem Weltmarkt. Die traditionellen Ertragsbilanzüberschüsse der Vereinigten Staaten, die es dieser führenden Wirtschaftsmacht der Nachkriegszeit ermöglicht hatten, den europäischen Wiederaufbau zu finanzieren und gleichzeitig den Löwenanteil der Entwicklungshilfe zu tragen und ein weltweites Verteidigungspositiv aufrecht zu erhalten, gingen laufend zurück und schlugen anfangs dieses Jahrzehnts in ein Defizit um. 1971 wies erstmals auch die amerikanische Handelsbilanz einen Fehlbetrag auf. Da trotzdem die amerikanischen Kapitalübertragungen an das Ausland nicht eingeschränkt wurden - an die Stelle der Wiederaufbauhilfe traten die als "défi américain" bezeichneten Investitionen in Europa - häuften sich die Dollarguthaben der Gläubigerländer an. Die legendären Goldreserven von Fort Knox schrumpften zusammen, bis am 15. August 1971 die Vereinigten Staaten die Dollarkonvertibilität einstellen mussten. Damit wurde eine Periode der Währungsunsicherheit eingeleitet, der auch durch die im Smithsonian Agreement

vereinbarten Paritätsänderungen nicht mehr beizukommen war. Die inflatorischen Auswirkungen des Dollarüberhanges zwangen immer mehr Staaten, zum Regime der flottierenden Wechselkurse überzugehen. Das Währungssystem von Bretton Woods brach zusammen.

Auch auf dem Gebiet des Aussenhandels nahmen die Spannungen zu. Durch die Schaffung eines freien Marktes in Europa wurde von dieser Seite eine starke Exportdynamik ausgelöst, während gleichzeitig aus dem "Fernen Westen" die neue Wirtschaftsmacht Japan die Weltmärkte zu erobern begann. Die Handelsbilanzüberschüsse Europas und Japans fanden ihr Gegenstück im Handelsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten, eine Entwicklung, die auch mit temporären Einfuhrtaxen nicht aufzuhalten war. Da durch die Erweiterung der EWG, den Abschluss der Freihandelsabkommen in Europa, die Assoziierungsabkommen der EWG mit den afrikanischen Staaten und Mittelmeerländern einerseits sowie die Einräumung allgemeiner Zollpräferenzen an die Entwicklungsländer andererseits der Anteil des auf der Grundlage der Meistbegünstigung abgewickelten Welthandels zurückging, wurde seitens der amerikanischen Regierung die "Fairness", d.h. die Angemessenheit der gültigen Welthandelsregeln unter den veränderten Umständen in Zweifel gezogen. Nicht nur das Weltwährungssystem von Bretton Woods sollte revidiert, sondern auch die Welthandelsordnung des GATT überprüft und mit Bezug auf einzelne Bestimmungen präzisiert werden. Der Entwurf für ein neues amerikanisches Aussenhandelsgesetz trägt denn auch bezeichnenderweise

den Titel "Trade Reform Bill" statt, wie zur Zeit der Kennedy-Runde, "Trade Expansion Act".

Gleichzeitig wurde die Bedeutung anerkannt, die der Produktionsverlagerung durch die internationale Investitionstätigkeit, insbesondere der multinationalen Gesellschaften, zukommt. Es erwies sich, dass die amerikanischen Produktionsstätten in Europa bedeutend mehr Güter ausstossen, als aus den Vereinigten Staaten direkt exportiert werden, so dass die Annahme berechtigt schien, dass diese internationalen Investitionen nicht nur Auswirkungen auf die Handelsströme, sondern auch auf die Zahlungsbilanzen haben.

Als neues Element kamen im vergangenen Jahr Verknappungserscheinungen und massive Preiserhöhungen für einzelne Rohstoffe hinzu, die sich an der Erhöhung des Moody-Indexes um 45 und des Reuter-Indexes um 89 Prozent ermassen lassen. Schon vor dem Ausbruch der Oelkrise bezeichnete das GATT in seinem Jahresbericht diese Preishausse als das bedeutsamste Ereignis für die Weltwirtschaft im vergangenen Jahr. Zusammen mit den Auswirkungen des sich aus dem Defizit der amerikanischen Zahlungsbilanz ergebenden Dollarüberhanges wurde dadurch die weltweite Inflation beschleunigt, die ihrerseits Ursache von Gleichgewichtsstörungen bildet.

Schliesslich sei auch noch auf die Lage der Entwicklungsländer hingewiesen, die in einer immer enger verflochtenen Weltwirtschaft einen weiteren Problemkreis darstellen. Für diese

Länder dürften sich die Austauschrelationen durch die Abwertung der für die internationalen Rohstoffpreise massgeblichen Leitwährungen, Dollar und Pfund, und die inflationsbedingte Verteuerung der aus den Industriestaaten importierten Investitionsgüter wenigstens zeitweise verschlechtert haben, während sich gleichzeitig die Aussenverschuldung auf über 100 Milliarden Dollar erhöhte. In vielen Ländern ist dadurch der Entwicklungsprozess gebremst und die Abhängigkeit von äusserer Finanzhilfe verstärkt worden. Inzwischen haben die massiven Rohstoffpreiserhöhungen für einen Teil dieser Länder die Verhältnisse wesentlich verbessert und die Importverteuerung sogar überkompensiert. Die anderen, die keine Rohstoffe exportieren - und sie sind sowohl zahlen- wie bevölkerungsmässig in der Mehrzahl - befinden sich dagegen in einer noch stärker geöffneten Kostenschere. Auch innerhalb der dritten Welt verschärfen sich somit die Gegensätze.

Diese tiefgreifenden Gleichgewichtsstörungen haben die engen Zusammenhänge, die zwischen den einzelnen Bereichen der Weltwirtschaft bestehen, überaus deutlich gemacht. Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen haben einen globalen Charakter angenommen und können nur durch gegenseitig abgestimmte Massnahmen auf den Gebieten des Handels, der Währung, der Investitionen, der Inflationsbekämpfung und der Entwicklungspolitik wieder ins Gleichgewicht gebracht werden. Diese Erkenntnis hat dazu geführt, dass nach einer anfänglichen Periode erhöhter politischer Spannungen und dem Risiko der Auslösung einer protektionistischen Grundwelle durch einseitige Schutz- und Retorsionsmassnahmen der

Verhandlungswille zum Durchbruch kam. Auf die Aufnahme der Arbeiten für eine internationale Währungsreform folgten die Behandlung der Investitionsfragen durch die OECD und die Eröffnung einer neuen Welthandelsrunde im GATT anlässlich der Ministerkonferenz von Tokio. Obschon bis heute noch keine dieser Initiativen zu einem konkreten Ergebnis geführt hat, war doch im Laufe des vergangenen Jahres eine deutliche Klimaverbesserung zu verzeichnen. Auch begannen die Bemühungen zur Wiederherstellung eines besseren Gleichgewichts Früchte zu tragen. Zwei Zahlen sind eindrucksvoll und aufschlussreich. Die amerikanische Handelsbilanz hat infolge steigender Preise für landwirtschaftliche Stapelwaren und wegen der Verbesserung der Konkurrenzverhältnisse für die Industrieprodukte das Jahr 1973 mit einem Aktivsaldo von 1,6 Milliarden Dollar abgeschlossen, was einer Verbesserung von nicht weniger als 8 Milliarden Dollar gegenüber dem Vorjahr entspricht. Diese Entwicklung hat einen vermehrten Rückfluss von amerikanischen Auslandsguthaben sowie den Zustrom von Investitionskapital ausgelöst. Der Dollarkurs konnte sich zusehends festigen.

Gleichzeitig wurde der hohe Ueberschuss der japanischen Zahlungsbilanz durch Liberalisierung der Einfuhr sowie massive Kapitalexporte zu Investitionszwecken und zur Sicherung der Rohstoffversorgung abgebaut. Innerhalb Jahresfrist hat der "swing" beinahe 15 Milliarden Dollar betragen. Die japanische Zahlungsbilanz schloss mit einem erheblichen Defizit von 10 Milliarden Dollar ab.

Dagegen ist weltweit die Inflationsrate unvermindert, ja sogar beschleunigt angestiegen.

Noch hatte somit die Weltwirtschaft ihr Gleichgewicht nicht hinreichend zurückgefunden, als sie vor drei Monaten durch den Ausbruch der Oelkrise einer neuen und ausserordentlich schwerwiegenden Belastungsprobe ausgesetzt wurde. Jedermann ist heute damit beschäftigt, die Auswirkungen dieser neuen Lage einzuschätzen. Vor allem stellt sich die Frage, ob die Verhältnisse nun dermassen verändert sind, dass alle Bemühungen, auf dem Wege der internationalen Zusammenarbeit zu einer Reform des Währungssystems, einer weiteren Liberalisierung des Welthandels, einer sinnvollen Regelung der Investitionstätigkeit und einer Förderung des Entwicklungsprozesses der dritten Welt überholt und sinnlos erscheinen. Ist die Periode der multilateralen Wirtschaftsbeziehungen abgeschlossen und die Verteidigung der wirtschaftlichen Existenzgrundlage eines Landes wie ehemals autonom und nach dem Prinzip des "do ut des" bilateral anzustreben?

III. Die Erdölkrise als Herausforderung für die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit

Zweifellos steht heute die Handelspolitik an einem Kreuzweg. Die Oelkrise stellt die internationale Zusammenarbeit vor eine schwierige Bewährungsprobe, denn sie hat die erwähnte Interdependenz der Weltwirtschaft nicht aufgehoben, sondern im Gegenteil in einer besonders eindrücklichen Weise in Erscheinung treten lassen. Ihre Auswirkungen erstrecken sich auf alle Bereiche der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, und eine Lösung der neuen Probleme scheint daher nur im Rahmen einer umfassenden und intensivierten wirtschaftlichen Zusammenarbeit denkbar. Die im vergangenen Jahr eingeleiteten multilateralen Verhandlungen erhalten dadurch eine neue Bedeutung und Zielsetzung.

Ich möchte dies im folgenden kurz erläutern.

Die Auswirkungen auf den Welthandel und die Notwendigkeit der Fortsetzung der Liberalisierungsbemühungen

Obschon eine zuverlässige Beurteilung der Lage, die sich für die Weltwirtschaft aus der Oelkrise ergibt, heute noch kaum möglich erscheint, kann jedenfalls davon ausgegangen werden, dass die massiven Preiserhöhungen für Rohöl und Petroleumderivate die Einfuhr entsprechend verteuern werden. Auf Grund der gegenwärtigen Preise werden die Mitgliedstaaten der OECD, die die Gesamtheit der marktwirtschaftlich organisierten Industrieländer umfasst,

im laufenden Jahr für das gleiche Einfuhrvolumen wie 1973 den zusätzlichen Betrag von rund 55 Milliarden Dollar aufzuwenden haben, während die Importrechnung der Entwicklungsländer um rund 10 Milliarden Dollar ansteigen wird, eine Grössenordnung, die die Höhe der staatlichen Finanzhilfe übertrifft.

Die Handelsbilanzen werden sich natürlich nicht in einer arithmetischen Relation verschlechtern, denn einerseits werden auch die Exportpreise der Industriegüter infolge der erhöhten Rohstoff- und Energiekosten ansteigen müssen und andererseits ist anzunehmen, dass die ölproduzierenden Länder einen Teil ihrer Deviseneinnahmen für vermehrte Käufe von Konsum- und Investitionsgütern vor allem aus den industrialisierten Staaten einsetzen werden. Trotzdem ist damit zu rechnen, dass die Handels- und Ertragsbilanzen der meisten, wenn nicht aller auf wesentliche Erdölimporte angewiesenen Staaten einen hohen Fehlbetrag aufweisen werden. Sofern die Erdölprodukte nicht direkt als Kostenelement in die Produktion von Exportgütern eingehen und sich überwälzen lassen, resultiert daraus ein realer volkswirtschaftlicher Substanzverlust.

Der Rückgang des realen Einkommens, der sich aus der Tatsache ergibt, dass ein Teil des Bruttosozialprodukts für die Bezahlung der höheren Rohstoff- und Oelkosten eingesetzt werden muss, könnte zu einer Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums führen. Rückgänge in der Produktion und somit in der Beschäftigung in den stark ölabhängigen Wirtschaftsbereichen oder der Zwang

zu grösseren industriellen Strukturveränderungen sind keineswegs auszuschliessen. Damit würde auch das Risiko protektionistischer Schutzmassnahmen heraufbeschworen, sei es in Form von Einfuhrbeschränkungen, um dem wachsenden Handelsbilanzdefizit zu begegnen, sei es in Form von währungspolitischen Manipulationen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Auch die Tendenz, zu bilateralen Bezugs- und Lieferverträgen Zuflucht zu nehmen, könnte mit der Zeit zu einer gewissen Aufsplitterung des Welt-handels führen.

Diese Lagebeurteilung zeigt wohl eindeutig, welche hohe Bedeutung auch heute der Aufrechterhaltung eines möglichst freien Warenverkehrs und der Durchführung einer neuen multilateralen Welthandelsrunde im GATT zukommt. Ein Rückfall in protektionistische Massnahmen würde angesichts der Probleme, die sich aus der Importverteuerung ergeben, für alle Länder, auch die eine eigene industrielle Entwicklung anstrebenden Oelproduzenten, nachteilig sein.

Die multilaterale Verhandlungsrunde des GATT kann zudem Anlass für eine Ueberprüfung einzelner internationaler Handelsregeln bieten. Unter den heutigen Verhältnissen dürfte es angezeigt sein, nicht nur die Schutzklauseln, sondern auch die Bestimmungen, die die Ausfuhr betreffen, auf ihre Angemessenheit und Wirksamkeit zu überprüfen. Dem Grundsatz der Aufrechterhaltung des "courant normal traditionnel" im Ausmass der im

Exportland verfügbaren Mengen kommt im Zeitpunkt der Verknappung zahlreicher Rohstoffe eine gleiche Bedeutung zu wie demjenigen der Meistbegünstigung auf der Einfuhrseite. Internationale Marktordnungen für Landwirtschaftsprodukte, die Ausgleichslager und verbesserte Methoden für die Einschätzung der Produktions- und Nachfrageentwicklung vorsehen würden, gewinnen ebenfalls an Aktualität. Uebrigens dürfte die schweizerische Sorge um Erhaltung einer eigenen landwirtschaftlichen Versorgungsbasis heute auf besseres Verständnis stossen.

Auswirkungen auf die Währungslage

Die massive Uebertragung von Währungsreserven aus den Industrieländern in die rohstoff- und ölproduzierenden Staaten schafft eine neue Ausgangslage für die angestrebte Währungsreform und hat bekanntlich bereits zu einer Verschiebung des Zeitplanes ^{strebten Zieles} und Aenderung der Prioritäten geführt. Die Verwirklichung des angestrebten, aber anpassungsfähiger Wechselkurse unter Wiederherstellung der Konvertibilität und mit der Verpflichtung der Ueberschuss- und Defizitländer zum Ergreifen symmetrischer Ausgleichsmassnahmen setzt voraus, dass von einem Gleichgewichtszustand ausgegangen werden kann. Als Folge der jüngsten Ereignisse sind nun aber neue, extreme Zahlungsbilanzsituationen zu erwarten, denen übrigens mit den vorgesehenen Mechanismen kaum beizukommen wäre. Die in Rom kürzlich zusammengetretenen Finanzminister des Zwanziger-Klubs haben daher vorsichtigerweise vorderhand die Fortsetzung und vermehrte Abstimmung des Flottierens in Aussicht genommen.

Die voraussichtlichen Auswirkungen der neuen Verhältnisse auf die internationale Währungslage haben jedoch die Notwendigkeit multilateraler Verhandlungen zur Vermeidung von Störungen nicht in den Hintergrund treten lassen, weil sonst die Gefahr bestehen würde, dass zu autonomen Einfuhrbeschränkungen im internationalen Wirtschaftsverkehr Zuflucht genommen würde. Auch die neuen Ueberschussländer haben ein starkes Interesse an einem funktionsfähigen Währungssystem und der Schaffung eines wertbeständigen Reservemediums. Sie werden nur einen Teil der hohen Devisenanfälle für die eigene Entwicklung ausgeben können. Die Ausgestaltung der Sonderziehungsrechte erscheint im Zusammenhang mit der zu erwartenden Ersparnisbildung von Bedeutung.

Rahmenbedingungen für die internationalen Investitionen

Wir haben bereits auf das zunehmende Gewicht hingewiesen, das in den Weltwirtschaftsbeziehungen den internationalen Investitionen und der Tätigkeit der multinationalen Gesellschaften zukommt. Die OECD hat vor etwas mehr als einem Jahr damit begonnen, den Rahmen für eine internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu schaffen, die das Ziel einer möglichst grossen Freiheit für die Kapitalbewegungen mit dem Erfordernis der Vermeidung von Störungen für die Zahlungsbilanzen und die Handelsströme in Einklang zu bringen hätte. Ferner sollen Regeln für das Verhalten der multinationalen Gesellschaften und ihre Behandlung durch die Wohnsitzstaaten der Muttergesellschaften einer-

seits und der Niederlassungen anderseits aufgestellt werden. Mit dieser Aufgabe befasst sich aus Sicht der Beziehungen zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern auch ein Gremium der Vereinten Nationen unter Mitwirkung von a. Bundesrat Schaffner.

Es dürfte auf der Hand liegen, dass auch diese Bemühungen, zu einer vereinbarlichen Regelung zu gelangen, im heutigen Zeitpunkt an Aktualität gewinnen. Dass die Schaffung langfristiger Anlagemöglichkeiten für die Ueberschüsse aus den Oeieinnahmen internationaler Anstrengungen bedarf, ergibt sich aus der zu bewältigenden Grössenordnung. Die gesamten amerikanischen Auslandsinvestitionen haben im Zeitraum zwischen 1960 und 1972 um 95 Milliarden Dollar zugenommen; die zusätzlichen jährlichen Deviseneinnahmen der Oeieländer werden auf 60 - 75 Milliarden Dollar geschätzt, wovon nach Befriedigung der Import- und Entwicklungsbedürfnisse 30 - 40 Milliarden für Anlagen im Ausland verfügbar bleiben dürften.

Auswirkungen auf die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern

Sowohl die Erklärung von Tokio über die neue Welthandelsrunde als auch das Programm für die Währungsreform haben den entwicklungspolitischen Aspekten einen breiten Platz eingeräumt. Die Oelkrise hat die Notwendigkeit einer multilateralen Zusammenarbeit in diesem Bereich verstärkt, denn es besteht offensichtlich die Gefahr, dass ohne besondere Massnahmen die grosse Mehrheit der nicht-ölproduzierenden Entwicklungsländer durch die Preiserhöhung und allfällige Verknappung der Potroleumprodukte

und ihrer Derivate am nachhaltigsten betroffen würde. Viele dieser Länder haben zwar als Folge der allgemeinen Erhöhung der Rohstoffpreise ihre Austauschrelation verbessern und ihre Währungsreserven erhöhen können. Sie sind jedoch, damit ihre Industrialisierung mit der Bevölkerungszunahme Schritt halten kann, auf die Möglichkeit einer Steigerung der Einfuhr von Investitionsgütern angewiesen. Dies liegt auch im wohlverstandenen Eigeninteresse der Geberländer, die heute auf höhere Exporterlöse angewiesen sind. Daher muss der Entwicklungszusammenarbeit die nötige Priorität eingeräumt werden. Dies wird angesichts der zu erwartenden Passivierung der Ertragsbilanzen einer besonderen Anstrengung bedürfen, doch ist zu erwarten, dass sich nun auch die ölproduzierenden Staaten in steigendem Masse an der finanziellen Entwicklungshilfe beteiligen werden.

Im übrigen ergeben sich für die internationale Entwicklungszusammenarbeit nicht nur unter dem spezifischen Aspekt der Oelkrise neue Aufgaben. Die bisher allzu einseitig auf das wirtschaftliche Wachstum ausgerichtete Zielsetzung wird vermehrt qualitative Kriterien, wie Sozialreform, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der "absoluten Armut" und der Unterernährung, zu berücksichtigen haben. Eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion hängt jedoch von der Verfügbarkeit von Düngemitteln ab, für die ebenfalls eine Verknappung und Preiserhöhung eingetreten ist.

* * *

*

Die Schlussfolgerung aus dieser summarischen Analyse, die keinerlei Anspruch auf Endgültigkeit erheben kann, führt zur Bestätigung der globalen Dimension der Weltwirtschaftsprobleme, die schon vor Ausbruch der Erdölkrise bestanden haben. Die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Bereichen sind dermassen eng, dass schwer einzusehen ist, wie ein einzelnes Land oder eine einzelne Ländergruppe ihre Interessen ohne Rücksichtnahme auf die Auswirkungen auf die internationale Gemeinschaft wirkungsvoll wahren könnte. Alle sind an der Verhinderung eines Zusammenbruchs des Währungssystems und der Welthandelsliberalisierung, an der Bekämpfung einer galoppierenden Inflation und an der Behebung von Versorgungsengpässen, die rezessive Tendenzen in der Weltwirtschaft auslösen könnten, eminent interessiert und haben hierfür einen entsprechenden Beitrag zu leisten. Die massiven Preiserhöhungen des Erdöls erfordern eine realistische Einschätzung der Konsequenzen und Kettenreaktionen sowohl seitens der Importländer wie der Produzentenstaaten und eine bessere Transparenz der verschiedenen Kostenfaktoren, die den Verbraucherpreis bestimmen. Ein sparsamer und rationeller Einsatz der nicht unbeschränkt vorhandenen Rohstoffe, eine grössere Diversifizierung der Energiequellen und gleichzeitig eine Verbesserung der Wirtschaftsstruktur der ölproduzierenden Entwicklungsländer scheinen dringend geboten. Die Verhältnisse können sich somit auch positiv auswirken, die Anwendung neuer Technologien wirtschaftlich werden lassen und entsprechende Umstellungsinvestitionen auslösen.

IV. Die Auswirkungen der Oelkrise auf die Schweiz

Die wirtschaftliche Lage der Schweiz ist heute immer noch gekennzeichnet durch eine angespannte Konjunktur, die Ueberlastung des Arbeitsmarktes, eine hohe industrielle Tätigkeit und ein unvermindertes Wachstum des Aussenhandels und der Dienstleistungen. Gleichzeitig hat aber auch die Verletzlichkeit der Wettbewerbskraft auf den Weltmärkten als Folge der überdurchschnittlichen Inflation und der veränderten Währungsrelationen zugenommen.

Zweifellos wird die Oelkrise unter diesen Umständen die Anfälligkeit der schweizerischen Wirtschaft gegenüber möglichen Rückschlägen in der internationalen Konjunkturlage erhöhen.

Eine Einschätzung der direkten Auswirkungen auf die Energiewirtschaft der Schweiz hat von der Tatsache auszugehen, dass der Anteil des Erdöls und der Petroleumprodukte am gesamten Energieverbrauch unseres Landes in den letzten Jahrzehnten besonders rasch zugenommen hat und heute mit 80 % erheblich über dem Durchschnitt der EG-Staaten von 60 % und dem Weltdurchschnitt von 40 % liegt. 1950 betrug der Anteil des Erdöls an der schweizerischen Energieversorgung erst 24 %! Angesichts der vollständigen Ausschöpfung der Wasserkräfte steht für eine Diversifizierung, soweit diese durch eine Erhöhung des nur 15 % betragenden Anteils der Elektrizität erzielt werden soll, der Ausbau der Atomenergie im Vordergrund. Die neuen Kernkraftwerke, mit deren Bau zurzeit begonnen wird, werden nach ihrer Inbetriebsetzung

den heute noch bescheidenen Beitrag der Atomenergie an der Elektrizitätsversorgung der Schweiz verdreifachen. Neben der Elektrizität wird auch der Anteil des Erdgases an der Energieversorgung zunehmen; doch möchte ich mich hier nicht mit Fragen der schweizerischen Energiepolitik befassen.

Für die aussenwirtschaftlichen Aspekte, auf die ich mich zu konzentrieren habe, stehen heute eindeutig die Probleme, die sich aus der Preiserhöhung des Erdöls ergeben, im Vordergrund. Ueber die zukünftige Entwicklung der mengenmässigen Versorgung, die bekanntlich bisher durch entsprechende Massnahmen gewährleistet werden konnte, sind nur Mutmassungen möglich; mit einem steigenden Bedarf ist wohl auch mit einer andauernden Knappheit zu rechnen.

Die direkten Auswirkungen der massiven Preiserhöhungen sind etwas leichter abzuschätzen. Bei im Vergleich zum Vorjahr gleichbleibendem Verbrauch werden im Laufe des Jahres 1974 die Importkosten für die Schweiz zu den heute geltenden Ansätzen einen zusätzlichen Aufwand von mehr als 2,5 Milliarden Franken erfordern. Diese Zahl ist mit dem schweizerischen Aussenhandelsdefizit, das im Durchschnitt der letzten drei Jahre 6 Milliarden Franken überstieg, und dem diesen Fehlbetrag ausgleichenden Ueberschuss der Dienstleistungsbilanz in Vergleich zu setzen; sie entspricht ziemlich genau der Grössenordnung des Einnahmenüberschusses aus dem Fremdenverkehr.

Die Oelpreiserhöhung wird unsere Wirtschaft in dreifacher Hinsicht treffen:

- Der Ueberschuss unserer Ertragsbilanz wird zweifellos in ein Defizit umschlagen;
- Auswirkungen auf die Teuerung scheinen unvermeidlich;
- Das wirtschaftliche Wachstum könnte von der Exportseite her gebremst werden.

Es stellt sich somit die Frage, wie stark die schweizerische Wirtschaft durch diese Auswirkungen an sich und im Verhältnis zu anderen Ländern belastet wird und welche Ausgleichsmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Bezüglich der Belastung der Ertragsbilanz dürften sich keine wesentlichen Unterschiede zu den übrigen westeuropäischen Ländern ergeben. Die Schweiz importiert zwar (mit Ausnahme der Bundesrepublik Deutschland) weniger Erdöl im Verhältnis zum Brutto-sozialprodukt, dafür aber mehr andere Rohstoffe und Halbfabrikate, die ebenfalls eine Preishausse erfahren haben. Die Finanzierung des zu erwartenden Defizits könnte theoretisch auf verschiedene Weise erfolgen: durch Rückgriff auf unsere erheblichen, aber auf die Dauer nicht unerschöpflichen Währungsreserven; durch Kapitalimporte, die auf wirtschaftliche und psychologisch-politische Grenzen der Anlagemöglichkeiten stossen werden; oder durch eine forcierte Exportausweitung, für die wegen der hohen Auslastung unseres Produktionsapparates und des angespannten Arbeitsmarktes wenig Raum vorhanden ist. Werden handels- und wirtschaftspolitische Schutzmassnahmen ausgeschlossen, die mit unserer liberalen Einstellung nicht zu vereinbaren wären, verbleibt die Möglich-

keit einer konsequenten Einsparung des Ölverbrauchs. Dieser

Weg sollte ohne wesentliche Beeinträchtigung der Wirtschaftstätigkeit beschritten werden können.

Besonders ernst zu nehmen sind die Auswirkungen auf die Teuerung und die Einkommensbildung. Bei uns entfällt mehr als die Hälfte des Konsums von Erdölprodukten auf die privaten Haushalte. Die OECD nimmt an, dass in der Schweiz die direkte Indexwirkung stärker sein wird als in den meisten übrigen Ländern, und der Inflationseffekt droht durch die Beeinflussung der Löhne und Preise potenziert zu werden. Dabei wird nach Auffassung namhafter Nationalökonomien eine Erhöhung des Realeinkommens wegen der Notwendigkeit, einen grösseren Teil des Bruttosozialprodukts für den Import von Erdöl aufzuwenden, kaum möglich sein.

Was schliesslich die Beeinflussung der Wettbewerbslage der Exportindustrie anbetrifft, dürften die indirekten gegenüber den direkten Auswirkungen überwiegen. Die schweizerische Industrie ist insgesamt weniger energieintensiv als diejenige anderer Staaten und dementsprechend einem geringeren Zwang zu Produktionseinschränkungen oder -umstellungen ausgesetzt. Dagegen hängt die Ueberwälzbarkeit der Kostenverteuerung von der Konjunkturlage auf unseren Absatzmärkten ab. Eine Abschwächung der Auslandsnachfrage und Verlangsamung des Wachstums der Weltwirtschaft als Folge der Energiekrise würde die Konkurrenzbedingungen verschärfen. In diesem Fall würden dann auch die veränderten Wechselkursrelationen, die bisher unseren Exportzuwachs wegen der synchronisierten weltweiten

Ueberhitzung nicht zu bremsen vermochten, sich spürbarer auszuwirken beginnen.

Zusammenfassend kann somit vermutet werden, dass die Schweiz im internationalen Quervergleich hinsichtlich der direkten Belastung aus der erdölpreisbedingten Importverteuerung eher günstig dasteht, hinsichtlich der Indexwirkungen und der indirekten Beeinflussung der Wettbewerbslage eher ungünstiger und exponierter.

Verbleibt zum Schluss die Frage, welche Mittel die Aussenwirtschaftspolitik einsetzen kann, um die geschilderten Auswirkungen zu mildern. In Anbetracht der globalen Zusammenhänge und der engen Verflechtung der Schweiz mit der Weltwirtschaft haben wir ein unmittelbares Interesse, alle Bemühungen zu unterstützen, die darauf ausgerichtet sind, durch international abgestimmte Vorkehren die Welthandels- und Währungsordnung funktionsfähig zu erhalten. Auch wir müssen dazu beitragen, dass die nötigen Anpassungen ohne weitreichende staatliche Eingriffe in den Handels-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr vollzogen werden können, die zu einer Aufsplitterung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen führen würden. Die Bedrohung der freiheitlichen marktwirtschaftlichen Ordnung ist unverkennbar.

Naheliegend für uns ist, im GATT darauf hinzuwirken, dass die neue Welthandelsrunde zur Konsolidierung und Erweiterung der Handelsliberalisierung und einer Verstärkung der internationalen Disziplin sowohl bei der Ausfuhr wie bei der Einfuhr möglichst bald in ein aktives Stadium treten kann, bevor neue protektionisti-

sche Strömungen überhandnehmen. Das gleiche gilt für die Arbeiten der OECD und anderer Gremien über die internationalen Investitionen und über besser abgestimmte Massnahmen zur Eindämmung der Inflation. Auch bei der Entwicklungszusammenarbeit sind unter Berücksichtigung der neuen Verhältnisse entsprechende Anstrengungen zu erbringen. An den Verhandlungen zur Verbesserung des internationalen Währungssystems nimmt die Schweiz dagegen nicht direkt teil. Sollten in Zukunft,

wie dies kürzlich von den Finanzministern des Zwanzigerklubs in Rom vorgesehen worden ist, die Kompetenzen und Einflussmöglichkeiten des Internationalen Währungsfonds verstärkt werden, würden die Beziehungen der Schweiz zu dieser Institution überprüft werden müssen.

Der Einsatz der Schweiz für multilaterale Lösungen setzt die Möglichkeit eines angemessenen Mitspracherechts voraus. Wir haben Verständnis dafür, dass die führenden Wirtschaftsmächte - die Vereinigten Staaten, Japan und die EWG - wegen ihrer besonderen Verantwortung für die Aufrechterhaltung harmonischer Weltwirtschaftsbeziehungen oft das Bedürfnis nach direkten Konsultationen empfinden. Ein Land wie die Schweiz, das in erheblichem Ausmass am Welthandel und internationalen Kapitalverkehr teilnimmt, legt jedoch besonderen Wert darauf, dass die multilaterale Zusammenarbeit voll zum Spielen kommt. Dies entspricht auch unserer Bestrebung nach möglichst universellen Aussenwirtschaftsbeziehungen.

Damit sollte gleichzeitig die heute manchmal gestellte Frage beantwortet sein, ob die Versorgungsinteressen des Landes auf diesem Wege hinreichend gewahrt werden können. Wir sind überzeugt, dass die neuen Verhältnisse auf dem Rohstoff- und Erdölsektor mannigfache Auswirkungen auf die Weltwirtschaft haben, die weit über das unmittelbare Problem der mengenmässigen Versorgung einzelner Volkswirtschaften hinausgehen. Aus nüchternen wirtschaftlichen Erwägungen, und nicht nur aus Solidaritätsgründen, ist daher ein international abgestimmtes Vorgehen, an dem sich alle Ländergruppen beteiligen, weil alle betroffen werden, geboten. Wir sind in/uns zur Verfügung stehenden Gremien, insbesondere der OECD, in die Bemühungen, diese Koordination zustande zu bringen, eingeschaltet und verfolgen daneben mit Aufmerksamkeit die verschiedenen Initiativen, um einen Dialog zwischen den industrialisierten Ländern, den Oelstaaten und den Entwicklungsländern anzubahnen und zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Konsumenten- und Produzentenländern zu gelangen. Es versteht sich, dass wir unsere Kontakte verstärken und in einer noch weitgehend unabgeklärten und sich ständig verändernden Lage alle Möglichkeiten prüfen, auch die Frage, inwieweit realistischerweise und unter Berücksichtigung unserer spezifisch schweizerischen Verhältnisse ein bilaterales Vorgehen im Rahmen einer derartigen Gesamtkonzeption eine nützliche Ergänzung darstellen könnte. Durch welche Art einer direkten Zusammenarbeit die Bedingungen für die Regelmässigkeit der Ver-

sorgung verbessert werden könnten, ist nicht leicht zu beurteilen. Auch müsste in diesem Zusammenhang vorerst die Rolle des Bundes im Verhältnis zu derjenigen der Privatwirtschaft näher geklärt werden, die bei uns Träger des Handels und der industriellen Investitionstätigkeit ist.

Dieser Ueberblick - ich entschuldige mich, dass er so weitläufig ausgefallen ist - dürfte das Ausmass der Belastung gezeigt haben, der die internationalen Wirtschaftsbeziehungen ausgesetzt sind. Das Oelproblem hat diese Störungen nicht ausgelöst; es verursacht nun aber neue Gleichgewichtsverschiebungen, beleuchtet die Verletzbarkeit unseres Wirtschaftswachstums und stellt eine entsprechende Herausforderung an die internationale Zusammenarbeit dar.

In einem Film von Brecht aus den dreissiger Jahren diskutieren Leute in der Berliner U-Bahn über die Zeitungsmeldung, dass in Brasilien 1 Million Kaffeesäcke wegen des Preiszerfalls ins Meer geworfen wurden. Dies veranlasst einen von ihnen zum Ausruf: "Na, das ist mir ja eine schöne Weltwirtschaft!" Sollten uns heute die Zusammenhänge der Weltwirtschaft, die inzwischen viel enger geworden sind und eine entsprechende gegenseitige Rücksichtnahme erfordern, weniger deutlich bewusst sein? Sicher nicht hier in Basel.

Mit besten Grüßen.
Zwei Exemplare für den

PAUL RUDOLF JOLLES

Botschafter

Direktor der Handelsabteilung
des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements

Für die Mitglieder der Bern
Internationales interessieren sich dafür.